



Verwaltungsstandpunkt-Nr. VII-A-09338-VSP-01

Status: öffentlich

Eingereicht von:
Dezernat Stadtentwicklung und Bau

Stammbaum:
VII-A-09338 CDU-Fraktion
VII-A-09338-VSP-01 Dezernat
Stadtentwicklung und Bau

Betreff:
Prüfauftrag: Sicherer Radverkehr für Leipzig

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

DB OBM - Vorabstimmung
Dienstberatung des Oberbürgermeisters
FA Umwelt, Klima und Ordnung
FA Stadtentwicklung und Bau
Ratsversammlung

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

12.03.2024
19.03.2024
24.04.2024

Zuständigkeit

Vorberatung
Bestätigung
Vorberatung
Vorberatung
Beschlussfassung

Rechtliche Konsequenzen

Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre

☐ Rechtswidrig und/oder

☐ Nachteilig für die Stadt Leipzig.

☐ Zustimmung

☐ Ablehnung

☐ Zustimmung mit Ergänzung

☐ Sachverhalt bereits berücksichtigt

☒ Alternativvorschlag

☐ Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister prüft die Einrichtung zusätzlicher Ergänzungsrouten für den Radverkehr in Straßen des Nebennetzes, die parallel zu Hauptverkehrsstraßen verlaufen.

Räumlicher Bezug

Stadtgebiet Leipzig

Zusammenfassung

Anlass der Vorlage:

☐ Rechtliche Vorschriften

☐ Stadtratsbeschluss

☐ Verwaltungshandeln

☒ Sonstiges: Antrag

Die Einrichtung zusätzlicher Ergänzungsrouten für den Radverkehr in Straßen des Nebennetzes wird geprüft, diese ersetzen jedoch weder bestehende noch zukünftig notwendige Radverkehrsanlagen an Hauptverkehrsstraßen.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft		nein	ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung
Folgen bei Ablehnung		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Im Haushalt wirksam	von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt				Erträge
				Aufwendungen
Finanzhaushalt				Einzahlungen
				Auszahlungen
Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?		nein		wenn ja, nachfolgend angegeben

Folgekosten Einsparungen wirksam	von	bis	Höhe in EUR/Jahr	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE				Ergeb. HH Erträge
				Ergeb. HH Aufwand
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten				Ergeb. HH Erträge
				Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)
				Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen

Steuerrechtliche Prüfung		nein	wenn ja
Unternehmerische Tätigkeit i.S.d. §§ 2 Abs. 1 und 2B UStG		nein	ja, Erläuterung siehe Punkt 4 des Sachverhalts
Umsatzsteuerpflicht der Leistung		nein	ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Bei Verträgen: Umsatzsteuerklausel aufgenommen		ja	nein, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

Auswirkungen auf den Stellenplan	<input checked="" type="checkbox"/>	nein	wenn ja, nachfolgend angegeben
Beantragte Stellenerweiterung:			Vorgesehener Stellenabbau:

Ziele

Hintergrund zum Beschlussvorschlag:

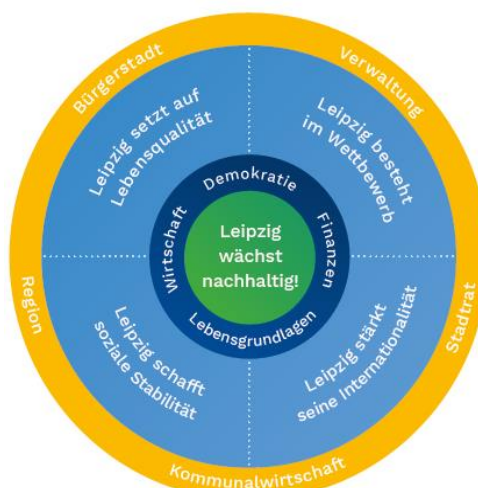
Welche strategischen Ziele werden mit der Maßnahme unterstützt?

2030 – Leipzig wächst nachhaltig!

Ziele und Handlungsschwerpunkte

Leipzig setzt auf Lebensqualität

- ☐ Balance zwischen Verdichtung und Freiraum
- ☐ Qualität im öffentlichen Raum und in der Baukultur
- ☒ Nachhaltige Mobilität
- ☐ Vorsorgende Klima- und Energiestrategie



Leipzig besteht im Wettbewerb

- ☐ Positive Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze
- ☐ Attraktives Umfeld für Innovation, Gründer und Fachkräfte
- ☐ Vielfältige und stabile Wirtschaftsstruktur
- ☐ Vorsorgendes Flächen- und Liegenschaftsmanagement

- ☐ Erhalt und Verbesserung der Umweltqualität
- ☐ Quartiersnahe Kultur-, Sport- und Freiraum-angebote

- ☐ Leistungsfähige technische Infrastruktur
- ☐ Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft

Leipzig schafft soziale Stabilität

- ☐ Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt
- ☐ Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung
- ☐ Bezahlbares Wohnen
- ☐ Zukunftsorientierte Kita- und Schulangebote
- ☐ Lebenslanges Lernen
- ☐ Sichere Stadt

Wirkung auf Akteure

- ☐ Bürgerstadt
- ☐ Region
- ☐ Stadtrat
- ☐ Kommunalwirtschaft
- ☐ Verwaltung

Leipzig stärkt seine Internationalität

- ☐ Weltoffene Stadt
- ☐ Vielfältige, lebendige Kultur- und Sportlandschaft
- ☐ Interdisziplinäre Wissenschaft und exzellente Forschung
- ☐ Attraktiver Tagungs- und Tourismusstandort
- ☐ Imageprägende Großveranstaltungen
- ☐ Globales Denken, lokal verantwortliches Handeln

☐ Sonstige Ziele

Bei Bedarf überschreiben (max. 50 ZML)

☐ Trifft nicht zu

Klimawirkung

Klimawirkung durch den Beschluss der Vorlage

Stufe 1: Grobe Einordnung zur Klimawirkung (Klimaschutzes und zur –wandelanpassung)

- Eingesetzte Energieträger (Strom, Wärme, Brennstoff) ☒ keine / Aussage nicht möglich ☐ erneuerbar ☐ fossil
- Reduziert bestehenden Energie-/Ressourcenverbrauch ☐ Aussage nicht möglich ☐ ja ☒ nein
- Speichert CO2-Emissionen (u.a. Baumpflanzungen) ☐ Aussage nicht möglich ☐ ja ☒ nein
- Mindert die Auswirkungen des Klimawandels (u. a. Entsiegelung, Regenwassermanagement) ☐ Aussage nicht möglich ☐ ja ☒ nein
- Abschätzbare Klimawirkung mit erheblicher Relevanz ☐ ja, da Beschlussgremium RV, GVA, oder VA und mind. 5 Jahre Betriebs- und Nutzungsdauer ☒ nein
- Vorlage hat keine abschätzbare Klimawirkung ☒ ja (Prüfschema endet hier.)

Stufe 2: Die Vorlage berücksichtigt die zentralen energie- und klimapolitischen Beschlüsse (s. leipzig.de)

- ☐ ja ☐ nein (Begründung s. Abwägungsprozess) ☒ nicht berührt (Prüfschema endet hier.)

Stufe 3: Detaillierte Darstellung zur abschätzbaren Klimawirkung nur bei erheblicher Relevanz

- ☐ Berechnete THG-Emissionen (in t bzw. t./a): _____
- ☐ liegt vor: s. Anlage/Kapitel der Vorlage: _____
- ☐ wird vorgelegt mit: _____ (z. B. Planungsbeschluss, Baubeschluss, Billigungs- und Auslegungsbeschluss)

Sachverhalt

Beschreibung des Abwägungsprozesses:

entfällt

I. Eilbedürftigkeitsbegründung

entfällt

II. Begründung Nichtöffentlichkeit

entfällt

III. Strategische Ziele

Die Maßnahme zielt auf die Förderung des Radverkehrs ab und damit auf die Stärkung der nachhaltigen Mobilität.

IV. Sachverhalt

1. Begründung Kreuz auf dem Deckblatt

Derzeit wird im Verkehrs- und Tiefbauamt ein Projekt zur Integrierten Netzentwicklung initialisiert. Inhalt des Projektes ist die Überlagerung des Leipziger Straßenhauptnetzes mit dem HauptNetz Rad sowie dem ÖPNV-Netz. Das Ziel ist die Ermittlung und Darstellung von Zielkonflikten im Verkehrsnetz der Stadt. Abhängig von den bestehenden Zielkonflikten werden notwendige Anpassungen an Hauptnetzen geprüft. Über die Erarbeitung eines integrierten Netzes werden dabei Straßenabschnitte identifiziert und anschließend an betroffenen Stellen die Ausgestaltung von Alternativen über das Nebennetz geprüft.

Grundsätzlich muss beachtet werden, dass bei Einrichtung einer Fahrradstraße im Nebennetz, die Radverkehrsanlage auf der Hauptverkehrsstraße nicht entfallen kann. Entsprechend den Vorschriften der StVO und den technischen Regelwerken ist aus Gründen der Verkehrssicherheit schon auf Grund der hohen Kfz-Verkehrsmengen auf Hauptverkehrsstraßen die Anordnung von Radverkehrsanlagen in den meisten Fällen weiterhin erforderlich. Ein kompletter Ausschluss des Radverkehrs auf innerstädtischen Straßen ist, wie auch das Urteil des OVG Bautzen 2018 mit Blick auf den Promenadenring gezeigt hat, rechtlich weder zulässig noch zielführend, da immer ein Ziel- und Quellverkehr von Radfahrenden in innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen auftreten wird. Bei Hauptverkehrsstraßen, deren Querschnitte keine für die Radverkehrsmengen notwendigen Breiten der Radverkehrsanlagen zulassen, ist eine Ergänzung um Fahrradstraßen im parallelen Nebennetz jedoch durchaus denkbar und sinnvoll.

Dabei erfordert die Umwidmung einer Straße zur Fahrradstraße die bekannten umfangreichen Vorarbeiten. So sind vor einer Anordnung neben der Ermittlung der Verkehrsmengen auch Untersuchungen zur Vermeidung von Kfz-Verkehr in der potenziellen Fahrradstraße, etwa durch die sinnvolle Positionierung von modalen Filtern (Durchfahrbarrieren für den Kfz-Verkehr), nötig. Das zu betrachtende Nebennetz muss zudem eine entsprechende Qualität aufweisen, um auch ganz praktisch als attraktive alternative Verbindung zu den meist direkteren Hauptverkehrsstraßen zu funktionieren.

2. Realisierungs- / Zeithorizont

Die Grundlagen zur Bearbeitung des integrierten Netzes sollen bis zum 2. Quartal 2024 erstellt werden. Damit kann die Darstellung von Zielkonflikten im Verkehrsnetz der Stadt erfolgen.

Aus anderen Beschlüssen und in der aktuellen Fortschreibung des Radverkehrsentwicklungsplans liegen bereits eine ganze Reihe von Prüfaufträgen zur Einrichtung von Fahrradstraßen vor. Alle darüberhinausgehenden Prüfaufträge müssten sich zeitlich hintenanstellen.

Anlage/n

Keine